

Stadtratssitzung vom 18. Dezember 2020

Postulat P 12/2020

Postulat betreffend Gendermainstreaming in der Stadtverwaltung

Alice Kropf (SP), Fraktion SP, Sarah Zaugg (Grüne) vom 2. Juli 2020; Beantwortung

Wortlaut des Postulates

Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, Gendermainstreaming als direktionsübergreifende strategische Vorgehensweise einzuführen sowie Gender Budgeting¹ bezogen auf den Aufgaben- und Finanzplan anzuwenden.

Begründung

Was ist Gender Mainstreaming (GM) und Gender Budgeting?

GM ist eine international anerkannte Vorgangsweise und angewandte Strategie der Gleichstellungspolitik und ist seit 1999 erklärtes Ziel der europäischen Union und der Vereinten Nationen. GM ist nicht nur ein weiterer Aufgabenbereich (wie beispielsweise Bildung oder Verkehr), sondern eine direktionsübergreifende Querschnittsaufgabe. Das Konzept des GM geht davon aus, dass Geschlecht (Gender) eine soziale und historisch veränderbare Kategorie darstellt und gleichzeitig alle Organisationen und gesellschaftliche Strukturen prägt. Die geforderte Strategie wirkt gestaltend und vorbeugend auf die Strukturen, Kulturen und Mechanismen ein, die Benachteiligungen aufgrund von verschiedenen Merkmalen hervorbringen oder aufrechterhalten. Mit dieser Strategie wird dafür gesorgt, dass zukünftig keine Diskriminierungen entstehen oder weiterhin existieren (können). Gender Budgeting ist die Anwendung dieses Konzeptes auf die öffentlichen Haushalte. Mit Gender Mainstreaming und Gender Budgeting haben demokratisch legitimierte Organisationen und die staatlichen Ebenen (Gemeinden, Kantone, Bund) Instrumente in der Hand, die zu einer kontinuierlichen Analyse, Zielformulierung, Maßnahmenplanung und deren Evaluation verhelfen, um die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter herzustellen.

Beispiele zur Ausgangslage

- Gerade die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wenig die Gleichstellung in unserer Gesellschaft verankert ist. Eine vom Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann in Auftrag gegebene Studie gibt erste Antworten auf die Frage, wie sich die Arbeitsbelastung der Schweizer Bevölkerung während der Covid-19-Pandemie verändert hat. Die Befunde zeigen: Die zusätzlichen Betreuungspflichten aus Homeschooling und die Einschränkung der familienexternen Kinderbetreuungsmöglichkeiten ging bei den Befragten zu Lasten der Arbeitskapazität. Berufstätige Frauen waren davon stärker betroffen als berufstätige Männer.² Auch hat die Krise gezeigt, dass in systemrelevanten Berufen mehrheitlich Frauen* beschäftigt sind – meist zu

¹ Gender Budgeting ist eine Anwendung des Gender Mainstreaming im Prozess der Haushaltsplanung. Gender Budgeting einfach erklärt: https://www.femtech.at/sites/default/files/Was_ist_Gender_Budgeting.pdf

² Medienmitteilung Eidg. Büro für die Gleichstellung von Mann und Frau: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-79484.html>

tiefen Löhnen und unter prekären Arbeitsbedingungen. Sowohl in der Corona-Task-Force des Bundes wie auch in der städtischen Task-Force waren jeweils nur rund 20% Frauen* vertreten. Mitunter vor diesem Hintergrund hat ein breites Bündnis von Frauen*organisationen, welches Millionen Frauen* in der Schweiz vertritt, einen Appell an den Bundesrat und das Parlament verfasst.³ Im sechsköpfigen städtischen «Ausschuss Solidaritäts-beitrag COVID-19», der über die Verteilung der Solidaritätsbeiträge in der Höhe von zwei Millionen befindet, ist eine einzige Frau vertreten. Im Kontext von GM stellen sich folgende Fragen: Was bedeuten der Umgang mit und die Folgen der Pandemie aus der Genderperspektive für das Management aktueller und zukünftiger Krisen? Wie kann die finanzielle staatliche Unterstützung gerechter verteilt werden (Gender Budgeting)?

- Frauen* und Männer* beanspruchen den öffentlichen Raum und die Verkehrswege zu unterschiedlichen Zeiten verschieden stark. Welche Auswirkungen hat dies aus der Genderperspektive auf sicherheitspolitische Überlegungen? Was bedeutet dies für die Verkehrs- und Raumplanung? Und wie wird gewährleistet, dass Frauen* und Männer* gleichwertig von den Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und in die Gestaltung der öffentlichen Räume profitieren (Gender Budgeting)?

Was will GM?

GM ist eine umfassende präventive Strategie zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter (Männer, Frauen, non-binäre Geschlechter). Ziel ist, geschlechterspezifische Benachteiligungen im Vorhinein in allen gesellschaftlichen Bereichen zu verhindern. Dies im Gegensatz zur herkömmlichen Gleichstellungspolitik und Frauenförderung, die vor allem korrektiv eingreifen. Mit GM werden unterschiedliche Ausgangslagen und möglicherweise unterschiedliche Wirkungen von Massnahmen auf Frauen* und Männer* systematisch berücksichtigt. Direktionsübergreifend müssen zukünftig bei allen Handlungen die geschlechtsspezifischen Folgen abgeschätzt und bewertet werden. Bei der Festlegung von Zielen, der Umsetzung und Evaluation von Programmen und der Festlegung von Qualitätsstandards ist eine Genderperspektive mitzudenken und zu berücksichtigen. GM darf nicht auf Geschlechterstereotypen basieren. Frauen* und Männer* können nicht als einheitliche Gruppe gesehen werden. Die sexuelle Orientierung, geschlechtliche, soziale, kulturelle, ethnische, altersmässige, körperbedingte und gesundheitliche Unterschiede müssen berücksichtigt werden.

Beispiele von Gleichstellungszielen

- Eine geschlechtergerechte Vertretung im Management von künftigen Krisen, die sicherstellen kann, dass die Frauen*perspektive und -anliegen das notwendige Gewicht – besonders auch in finanzieller Hinsicht – erhalten
- Wenn nicht wie bis anhin privilegierte Männer für Männer planen und bauen erhöht sich die Chance, dass sich mehr Menschen im öffentlichen Raum willkommen, dazugehörig und sicher fühlen
- Abbau geschlechtsspezifischer Ungleichheiten in der Bildung und gleiche berufliche Chancen
- Gerechte Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit sowie existenzsichernde eigene Einkommen
- Gleichstellung bei der politischen Repräsentation und Partizipation
- Erweiterung der Geschlechterrollen und -normen und Abbau von einschränkenden Normen (z.B. Infragestellung der Heteronormativität)
- Gleiche persönliche Freiheiten und Schutz vor Übergriffen jeder Art
- Gleichberechtigter Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und Informationen

³ Appell an den Bundesrat und das Parlament: https://frauenstreikzuerich.ch/wp-content/uploads/2020/05/Def-DE-2.2-Appell-an-den-Bundesrat-und-das-Parlament_letzte-Version.pdf

- Gleichberechtigte Kulturförderung (z.B. Vergabe Auslandstipendien, Kulturförderbeiträge)

Was braucht es zur Umsetzung von GM?

Mit Gender Mainstreaming werden systematisch Analysen in sämtlichen Aufgabenbereichen einer Organisation zur Frage von kategorialen Verhältnissen vorgenommen. Alle bestehenden Reglemente, Verordnungen und Weisungen sowie geplante neue Erlasse und Massnahmen und der Aufgaben- und Finanzplan (Gender Budgeting) werden unter den vorher formulierten Zielen auf ihre Auswirkungen hin untersucht. Dies auch, wenn noch keine konkrete Ungleichbehandlung oder Benachteiligung einer bestimmten Person oder Personengruppe eingeklagt wurde. Alle sollen ein selbstbestimmtes Leben entsprechend ihren persönlichen Fähigkeiten, Bedürfnissen und Wünschen führen können. Ergebnisse werden unter dieser Zielsetzung evaluiert. Es bedarf der institutionellen Verankerung von GM, der Genderkompetenz und intersektionalem Wissen⁴ – sowohl der Leitung als auch der Mitarbeitenden. Es bedarf geschlechtsdifferenzierter Daten durch Bedürfniserhebung in der Bevölkerung mittels repräsentativer Umfragen und Genderanalysen. Denn ein genaues Erfassen der Nutzer*innen von öffentlichen Dienstleistungen und ihren unterschiedlichen Ansprüchen erhöht die Chance, dass Politik und Verwaltung besser auf die tatsächlichen Anliegen eingehen können. Damit erhöht sich die Planungsgenauigkeit, die Qualität, und die Wirksamkeit der Leistungen und die Akzeptanz von Vorhaben (wie z.B. Quartierentwicklungen).

Beispiele der Umsetzung

- Bei Planungs-, Bau- und Verkehrsentscheiden sind Frauen* und Männer* ausgeglichen beteiligt (z.B. in den entsprechenden Kommissionen)
- Der Gemeinderat denkt bei der Ausarbeitung der Legislaturziele die Genderperspektive mit
- Vorlagen, die dem Stadtrat zur Beratung vorgelegt werden, sollen aus der Genderperspektive betrachtet und dokumentiert werden (vergleichbar mit den Klimaauswirkungen, vgl. Postulat 20/2019)
- Bei städtischen Angeboten für Kinder und Jugendliche die Bedürfnisse von Mädchen* und Buben* gleichberechtigt beachten, Erkennen und Fördern von individuellen Begabungen jenseits von stereotypen Festlegungen sowie Vermittlung von „Geschlechter-Wissen“
- Alle Direktionen sind bestrebt die Kommunikation gegen aussen und innen so auszurichten, dass sich alle angesprochen fühlen (u.a. durch gendergerechte Sprache)
- Bei Stellenausschreibungen bewusst die unterschiedlichen Lebensrealitäten von Frauen* und Männern* berücksichtigen

Die Postulant*innen anerkennen, dass in gewissen Bereichen der Stadtverwaltung bereits Ansätze von GM angewandt werden, zum Beispiel bei Quartierentwicklungen: Das Prinzip der kurzen Wege wird berücksichtigt, indem Kitas, Kinderspielplätze, öffentliche Parks/Grünanlagen und Quartierläden in unmittelbarer Umgebung vorgesehen werden. Doch in den meisten Abteilungen und Fachstellen besteht punkto Gleichstellungspolitik noch grosser Handlungsbedarf. Die Anwendung von GM würde helfen, dass sich Thun als fortschrittliche Stadt in Themen der Gleichstellung positionieren könnte.

Die Prüfung und ggf. die Implementierung der geforderten Strategie könnte sich aus Sicht der Postulant*innen am «Leitfaden Gendermainstreaming» des Büros für Gleichstellung orientieren (vgl. Beilage).

⁴ Unter dem Begriff Intersektionalität wird die Verschränkung verschiedener Ungleichheit generierender Strukturkategorien wie Geschlecht, Herkunft oder soziale Klasse verstanden. Formen der Unterdrückung und Benachteiligung lassen sich dabei nicht additiv aneinanderreihen, sondern müssen in ihren Verschränkungen und Wechselwirkungen verstanden werden. Vgl. dazu: <https://gender-glossar.de/glossar/item/25-intersektionalitaet>

Praktische, konkrete Beispiele der Umsetzung von GM sind hier beschrieben:

<https://www.wien.gv.at/menschen/gendermainstreaming/beispiele/>

Weitere Links zum Thema und Quellen:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Gender-Mainstreaming>

<https://www.humanrights.ch/de/menschenrechte-themen/gleichstellung/politik/gendermainstreaming/>

<https://www.wien.gv.at/menschen/gendermainstreaming/pdf/genderhandbuch-barrierefrei.pdf>

https://www.bifie.at/wp-content/uploads/2017/05/NBB2009_Band2_Kapitel-B4.pdf

Stellungnahme des Gemeinderates

Das vorliegende Postulat nimmt ein wichtiges gesellschaftliches Anliegen auf. Der Gemeinderat erachtet die Auseinandersetzung mit Themen wie Gleichstellung und Diversität als sehr wichtig. Verschiedene Anspruchsgruppen haben unterschiedliche Bedürfnisse, denen in vielerlei Hinsicht Rechnung getragen werden sollte, wie dies die Postulantinnen auch bereits am Beispiel der Quartierentwicklung aufzeigen. Wie in der Antwort auf das Postulat P 17/2019 betreffend Schaffung einer Fachstelle für Gleichstellung und Diversity Management festgehalten, erachtet der Gemeinderat zudem die Sicherstellung der Nicht-Diskriminierung sowie die Weiterentwicklung von Massnahmen zur Förderung von Gleichstellung und Diversität als fortlaufenden Auftrag des Personalamts und der Führungspersonen.

Der Gemeinderat anerkennt auch, dass der strategische Ansatz des Gendermainstreamings und Genderbudgetings ein hilfreicher Ansatz ist, um die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Menschen aller Geschlechter auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu berücksichtigen, um damit die Gleichstellung aller Menschen voranzutreiben. Wie der Begriff «strategisch» bereits impliziert, handelt es sich bei Gendermainstreaming und Genderbudgeting um eine langfristige und vor allem allumfassende Methode, die sämtliche Entscheidungen und Handlungen der Stadtverwaltung Thun betreffen würde. Die Erarbeitung der Strategie sowie die Konzeptionierung, Umsetzung und Überprüfung der darauf basierenden Massnahme wären nur mit zusätzlichen personellen Ressourcen und damit mit zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschätzbaren zusätzlichen Kosten realisierbar.

Unter Berücksichtigung des vorliegenden defizitären Budgets für 2021 sowie daraus resultierenden finanziellen und personellen Herausforderungen, die der Stadt Thun in den nächsten Jahren bevorstehen werden, wird sich die Stadtverwaltung auf ihre Kernaufgaben konzentrieren müssen. Gleichzeitig ein Projekt von einer solchen Tragweite zu planen und umzusetzen, ist unter den gegebenen Voraussetzungen nicht möglich.

Im Falle einer Annahme des vorliegenden Postulates würde dies eine neue, zusätzliche Aufgabe für die Stadtverwaltung bedeuten. Ein entsprechender Kredit zur Finanzierung von zusätzlichen personellen Ressourcen oder externen Beratungsleistungen sowie zur Finanzierung der definierten Massnahmen würde dem finanzkompetenten Gremium, möglicherweise dem Stadtrat, vorgelegt werden.

Antrag

Ablehnung.



Thun, 11. November 2020

Für den Gemeinderat der Stadt Thun

Der Stadtpräsident
Raphael Lanz

Der Stadtschreiber
Bruno Huwyler Müller